

# Studien und Materialien



KFW-NACHHALTIGKEITSINDIKATOR 2012  
DEZEMBER 2012



Bank aus Verantwortung

**KFW**

Herausgeber  
KfW Bankengruppe  
Palmengartenstraße 5-9  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon 069 7431-0  
Telefax 069 7431-2944

Redaktion:  
KfW Bankengruppe  
Abteilung Volkswirtschaft  
research@kfw.de

Dr. Mareike Köller  
Telefon 069 7431-3567

Dr. Klaus Borger  
Telefon 069 7431-2455

Dr. Elke Lüdemann  
Telefon 069 7431-2230

Dr. Martin Raschen  
Telefon 069 7431-2434

Dr. Volker Zimmermann  
Telefon 069 7431-3725

ISSN 2195-1926  
Copyright Titelbild: KfW Bildarchiv / Angelika Kohlmeier  
Frankfurt am Main, Dezember 2012

Datenstand: November 2012

# KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2012 – Fortschritte für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft

*Trotz eines schwierigen Umfeldes aufgrund der vorangegangenen tiefen Rezession sowie der anhaltenden Finanzmarkt- und Eurokrise erzielte die nachhaltige Entwicklung in Deutschland im Berichtsjahr 2011 Fortschritte in allen Bereichen: Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2012 lieferte sogar das beste Resultat der vergangenen sechs Jahre. Die gleichgerichtet positive Entwicklung in allen drei Nachhaltigkeitsdimensionen sendet zudem eine wichtige Botschaft aus: Eine starke wirtschaftliche Entwicklung muss nicht zwangsläufig zu Lasten der Umwelt oder des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehen, nachhaltige Entwicklung ist möglich. Das Ergebnis der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft profitierte erwartungsgemäß von der guten Konjunktur in den Jahren 2010 und 2011, welche die Umsetzung ökonomischer Strukturziele erleichtert. Die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt zeigt die ersten Erfolge aus dem 2010 verabschiedeten Energiekonzept und der Energiewende im Jahr 2011. In der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt konnten enorme Fortschritte bei den Konfliktthemen Langzeitarbeitslosigkeit und Integration ausländischer Mitbürger erzielt werden.*

## **1. Zur Seele des KfW-Nachhaltigkeitsindikators: die Methodik**

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 ist eine nachhaltige Entwicklung das global geltende politische Leitbild des 21. Jahrhunderts. Deutschland gehört zu den über 170 Unterzeichnerstaaten dieser UN-Erklärung. Die KfW Bankengruppe als Förderbank des Bundes und der Länder unterstützt mit ihren Finanzierungen die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung im In- und Ausland und mit ihrem Research den Erkenntnisgewinn zu Nachhaltigkeitsfragen.

Das komplexe Leitbild der Nachhaltigkeit mit seinen drei Zieldimensionen einer ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Entwicklung bedarf einerseits einer Vereinfachung. Denn dies stärkt den Stellenwert von Nachhaltigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein und fördert den Dialog um die Realisierung. Andererseits müssen auch seine Einzel-elemente abgebildet werden, um der Vielfalt von Nachhaltigkeit und damit zugleich auch der Tatsache gerecht zu werden, dass Erfolge in einer Zieldimension nicht den Handlungsdruck in anderen Zieldimensionen mindern, die weniger positive Entwicklungen aufweisen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wurde der KfW-Nachhaltigkeitsindikator entwickelt. 2007 erstmals veröffentlicht, gibt er jährlich Auskunft über den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

In die Konzeption des KfW-Nachhaltigkeitsindikators der KfW Bankengruppe fließen wissenschaftliche Erkenntnisse – jüngst auch ein gesondertes Gutachten<sup>1</sup> – und Erfahrungen aus der Umsetzungspraxis ein. Für die drei Themenbereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher

---

<sup>1</sup> Ulrich van Suntum, Oliver Lerbs (2011), Theoretische Fundierung und Bewertung alternativer Methoden der Wohlfahrtsmessung. Studie im Auftrag der KfW Bankengruppe, Münster.

Zusammenhalt wurden geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren unterlegt, die die Entwicklung in diesen Bereichen quantifizieren. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitssituation im Zeitablauf wird anhand der Veränderungen der Basisindikatoren gemessen. Die für alle Basisindikatoren einheitliche Benchmark lautet, mindestens so gut zu sein wie im Durchschnitt der jüngeren Vergangenheit, wobei diese als gleitende Zehnjahresperiode vor dem jeweiligen Bezugsjahr definiert wird.

Die Verdichtung der Einzelinformationen bis hin zu einem Gesamtwert des KfW-Nachhaltigkeitsindikators erfolgt mittels eines Scoreverfahrens (Einsatz einer fünfwertigen Punkteskala mit -2 als Minimal- und +2 als Maximalergebnis; der mittlere Punktwert 0 steht dabei für das Referenzergebnis, also das Erreichen der durchschnittlichen Performance der vorangegangenen zehn Jahre). Angesichts der Schwierigkeit der Festlegung einer objektiven Gewichtung hat sich die KfW Bankengruppe für eine Gleichgewichtung entschieden: In jedem Themenbereich werden gleich viele Schlüsselthemen und Basisindikatoren berücksichtigt. Um der Mehrdimensionalität von Nachhaltigkeit gerecht zu werden, wird nicht nur der Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators berichtet, der eine Gesamtaussage über die nachhaltige Entwicklung in Deutschland ermöglicht, sondern es werden auch die Ergebnisse auf den verschiedenen Aggregationsebenen bis hin zu den Basisindikatoren dargestellt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2012 detailliert beschrieben.

#### **Zur Interpretation des KfW-Nachhaltigkeitsindikators**

Ausführliche Informationen zur Konstruktion des KfW-Nachhaltigkeitsindikators sind unter [www.kfw.de/Nachhaltigkeitsindikator](http://www.kfw.de/Nachhaltigkeitsindikator) abrufbar.

Bei der Interpretation der Kurvenverläufe des KfW-Nachhaltigkeitsindikators gilt:

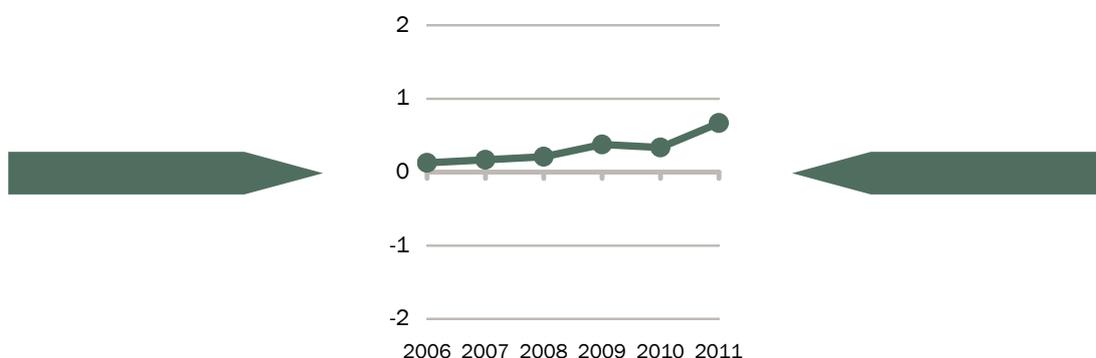
Ein Scorewert von Null signalisiert, dass das betrachtete System im Durchschnitt die Benchmark – definiert als Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – erreicht. Ein positiver Score weist darauf hin, dass die Benchmark übertroffen ( $0 < \text{Scorewert} \leq 1$ ) oder sogar stark übertroffen wird ( $1 < \text{Scorewert} \leq 2$ ), wohingegen ein negativer Scorewert anzeigt, dass die Benchmark verfehlt wurde – und zwar umso mehr, je näher der durchschnittliche Scorewert in dem betrachteten Bereich bei -2 liegt.

## 2. Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2012

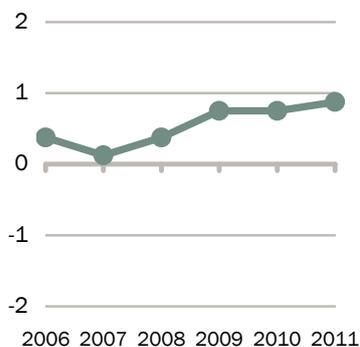
### KfW-Nachhaltigkeitsindikator Überblick

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der jeweils vorangegangenen 10 Jahre						
Scorepunkte	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Wirtschaft	0,4	0,1	0,4	0,8	0,8	0,9
Umwelt	0,4	0,4	-0,1	0,5	0,3	0,5
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	-0,4	0,0	0,4	-0,1	0,0	0,6
<b>Insgesamt</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>

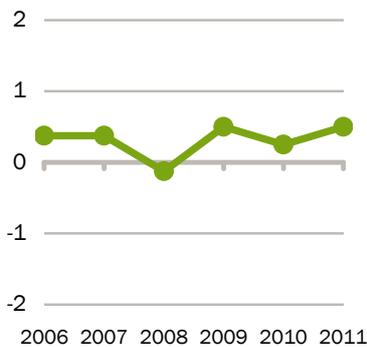
#### KfW-Nachhaltigkeitsindikator insgesamt



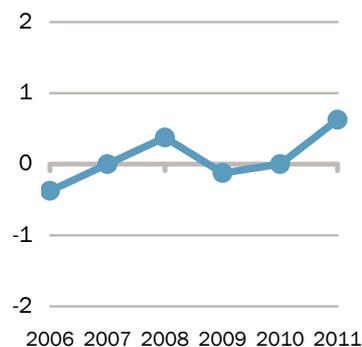
#### Wirtschaft



#### Umwelt



#### Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Quelle: KfW Bankengruppe

**Grafik 1: Gesamtüberblick über die Ergebnisse des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2012**

Das Berichtsjahr 2011 war für Deutschland aufgrund der vorangegangenen tiefen Rezession sowie der anhaltenden Finanzmarkt- und Eurokrise durch ein schwieriges Umfeld gekennzeichnet. Dennoch konnten in der Gesamtschau Fortschritte in der nachhaltigen Entwicklung erzielt werden: Der Gesamtscore konnte das Vorjahresergebnis noch übertreffen und liefert das beste Ergebnis der letzten sechs Jahre. Die gleichgerichtet positive Entwicklung in allen drei Nachhaltigkeitsdimensionen sendet zudem eine wichtige Botschaft aus: Eine starke wirtschaftliche Ent-

wicklung muss nicht zwangsläufig zu Lasten der Umwelt oder des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehen.

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich im Berichtsjahr 2011 unter dem Blickpunkt der Nachhaltigkeit ausgesprochen positiv und knüpfte damit nahtlos an die gute Entwicklung in den Jahren davor an. Der Gruppenscore der **Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft** verbesserte sich weiter um 0,1 Zähler auf 0,9 Scorepunkte. Somit stellt sich die Entwicklung in der Dimension Wirtschaft 2011 insgesamt deutlich besser dar als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre. Dies unterstreicht, dass Deutschland in der Summe tragfähige Strukturen bewahrt oder durch Reformen zurück gewonnen hat, die der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit des Landes dienlich sind. An der gegenüber 2010 zwar etwas gefallenen, aber weiterhin sehr hohen Staatschuldenquote zeigen sich die Belastungen durch die Finanzmarkt- und Eurokrise. Dennoch ist es 2011 gelungen, in die Zukunft Deutschlands zu investieren – dies verdeutlichen die positiven Entwicklungen bei Human- und Sachkapitalaufbau sowie den Innovationen.

Auch die **Dimension Umwelt** entwickelte sich im Jahr 2011 positiv: Der Gruppenscore stieg um 0,2 Zähler auf 0,5 Scorepunkte. Das Energiekonzept der Bundesregierung von Ende 2010 sowie der Atomausstieg 2011 mit der beschleunigten Energiewende finden bereits ihren Niederschlag und verbessern deutlich die Entwicklung bei den Schlüsselthemen Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energienutzung. Keine Besserung zeigt sich hingegen beim Schlüsselthema Artenvielfalt: Der hier zugrunde gelegte Basisindikator zur Bestandsentwicklung ausgewählter Vogelarten verharrte auf historisch niedrigem Niveau.

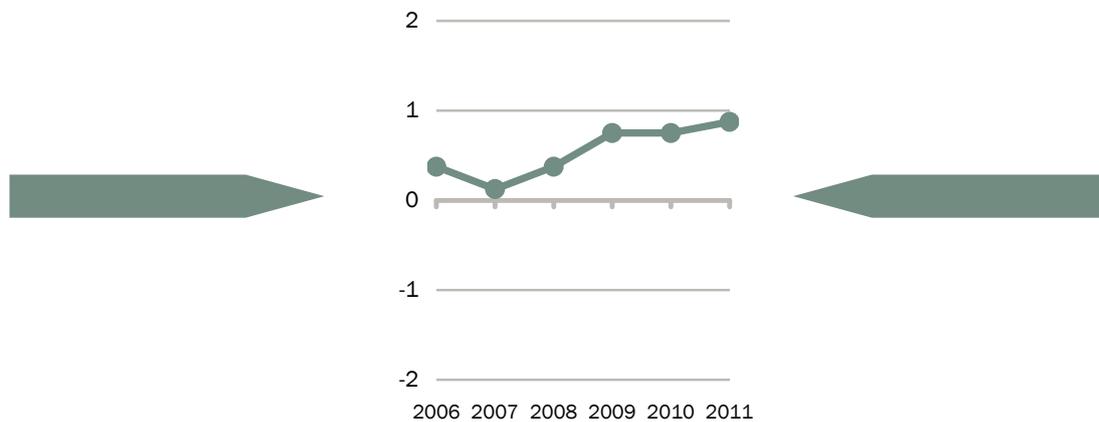
Der Gruppenscore der **Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt** schließlich erhöhte sich sprunghaft auf 0,6 Scorepunkte im Jahr 2011, nachdem das Scoreergebnis 2010 noch bei 0,0 gelegen hatte. Dies ist unter allen drei Dimensionen der kräftigste Anstieg. Die Verbesserung ist im Wesentlichen auf positive Tendenzen bei elementaren gesellschaftlichen Konfliktthemen zurückzuführen: Die starke wirtschaftliche Entwicklung ermöglichte es nicht nur, den bereits sehr niedrigen Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen weiter abzusenken. Erfolge wurden auch bei der Arbeitsmarktintegration von in Deutschland lebenden Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft erzielt: Deren Arbeitslosenquote sank überdurchschnittlich. Positiv zu Buche schlagen ferner Fortschritte beim Schlüsselthema Bildung und die insgesamt wieder ansteigende politische Teilhabe, gemessen am subjektiv eingeschätzten Interesse für Politik.

## 2.1 Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft

### KfW-Nachhaltigkeitsindikator Wirtschaft

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der jeweils vorangegangenen 10 Jahre						
Scorepunkte	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Erwerbsbeteiligung</b>						
Erwerbsquote	2	2	1	2	1	1
<b>Sachkapitalbildung</b>						
Nettoanlageinvestitionen	-1	-1	-1	-2	-1	0
<b>Humankapitalbildung</b>						
Bildungsausgaben	-1	-2	-1	2	2	2
<b>Innovationen</b>						
Forschungs- und Entwicklungsausgaben	1	1	1	2	2	2
<b>Materieller Wohlstand</b>						
Realer Konsum pro Kopf	1	-1	1	1	1	1
<b>Freizeit</b>						
Freizeit pro Erwerbstätigem	1	1	1	2	1	1
<b>Staatsverschuldung</b>						
Staatsschuldenquote	-1	-1	-1	-2	-2	-2
<b>Privatverschuldung</b>						
Privatschuldenquote	1	2	2	1	2	2
<b>Wirtschaft insgesamt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>

#### Wirtschaft insgesamt



Quelle: KfW Bankengruppe

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich im Berichtsjahr 2011 unter dem Blickpunkt der Nachhaltigkeit ausgesprochen positiv und knüpfte damit nahtlos an die gute Entwicklung in den Jahren davor an. Der Gruppenscore der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft verbesserte sich auf der fünfwertigen Skala von -2 bis 2 um 0,1 Zähler auf 0,9 Scorepunkte. Dies ist das beste Ergebnis in dem gleitenden Sechsjahresfenster, das im KfW-Nachhaltigkeitsindikator angezeigt wird. Die auf ein Scoreergebnis von Null normierte Benchmark, d. h. die durchschnittliche Indikatorperformance in den vorangegangenen zehn Jahren, wurde im Mittel aller acht Basisindikatoren trotz voran-

gegangener schwerer Rezession sowie anhaltender Finanzmarkt- und Eurokrise im gesamten Zeitraum übertroffen, seit 2007 sogar mit zunehmendem Abstand. Kein wirtschaftliches Schlüsselthema wurde 2011 schlechter bewertet als 2010, eines dagegen – die Sachkapitalbildung – um einen Zähler besser. Dies unterstreicht, dass Deutschland in der Summe tragfähige Strukturen bewahrt oder durch Reformen zurück gewonnen hat, die der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit des Landes dienlich sind.

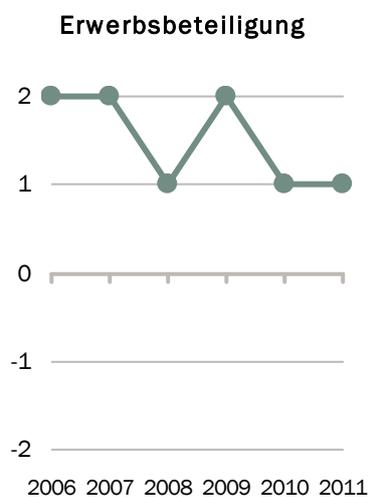
Wie im Vorjahr beteiligten sich 2011 gut 53 % der Bevölkerung am Erwerbsleben (Score: 1). Die viele Jahre schwache Nettoinvestitionsquote zog zumindest so weit an, dass sie erstmals seit Langem wieder der Benchmark genügt (Score: 0). Humankapitalbildung und Innovationen, zwei wichtige Treiber der Faktorproduktivität, erzielten dank konstant hoher Indikatorniveaus erneut Bestbewertungen. Der reale Pro-Kopf-Konsum wuchs 2011 mit +1,5 % gut doppelt so schnell wie im Zehnjahresdurchschnitt (Score: 1). Dabei hatte der durchschnittliche Erwerbstätige praktisch genausoviel Freizeit wie 2010 (Score: 1). Bei der Verschuldung setzte sich die diametrale Bewertung von öffentlichem und privatem Sektor fort. Im Unterschied zu der unverändert sehr entspannten privaten Verschuldungssituation (Score 2) verfehlte die durch die Krisenmaßnahmen in die Höhe getriebene Staatsschuldenquote trotz leichten Rückgangs 2011 das Anspruchsniveau weiterhin klar (Score: -2). Sie ist damit das einzige wirtschaftliche Schlüsselthema mit negativem Scoreergebnis. Dank des sehr niedrigen deutschen Zinsniveaus ist die Staatsschuld zurzeit gleichwohl problemlos finanzierbar.

### Erwerbsbeteiligung

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung kann nur gelingen, wenn ein hinreichend großer Teil der Bevölkerung wirtschaftlich aktiv ist. Je größer die Zahl derjenigen ist, die den wirtschaftlichen Wohlstand erarbeiten, im Vergleich zu denjenigen, die ihn konsumieren, desto weniger droht eine Überlastung des einzelnen Erwerbstätigen. Als Nachweis wirtschaftlicher Aktivität dient dabei die Erwerbstätigkeit selbst (Erwerbstätige) oder bei temporär fehlender Erwerbstätigkeit zumindest die mit einer aktiven Suche bekundete Bereitschaft, sich dem Arbeitsmarkt kurzfristig als Erwerbstätiger zur Verfügung stellen zu wollen (Erwerbslose). Beide Gruppen, Erwerbstätige und Erwerbslose, zusammen ergeben die Erwerbspersonen beziehungsweise, in Prozent der Bevölkerung ausgedrückt, die Erwerbsquote.

Im Vergleich zu enger abgegrenzten Varianten, die nur die Erwerbstätigen berücksichtigen, ist die so definierte Erwerbsquote theoretisch überlegen. Denn durch die Verwendung der Erwerbspersonen anstatt lediglich der Erwerbstätigen wird der Indikator unabhängig von konjunkturell verursachten Schwankungen der Erwerbslosigkeit. So kommt in der Erwerbsquote zum Ausdruck, welchen Bevölkerungsanteil die Gesellschaft unabhängig von konjunkturellen Wechsellagen und damit „grundsätzlich“ für den Arbeitsmarkt gewinnen kann.

Im Jahr 2011 zählten von den 81,779 Mio. Einwohnern Deutschlands 43,618 Mio. zu den Erwerbspersonen. Die Erwerbsquote lag im Jahr 2011 bei 53,3 % und damit marginal höher als 2010 und 2009 (jeweils 53,2 %). Zugleich ist dies ein neuer historischer Spitzenwert, der den



– von einem seit Mitte der 1990er-Jahre aufwärts gerichteten Trend geprägten und folglich zunehmend ambitionierten – Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (52,5 %) nochmals übertrifft. Die Erwerbsbeteiligung wird deshalb wie schon im Vorjahr mit dem Positivscore von 1 bewertet. Zum Vergleich: In der alten Bundesrepublik (vor der Wiedervereinigung) lag die Erwerbsquote trotz einer viel günstigeren Altersstruktur deutlich unter der Hälfte der Bevölkerung (46,3 % im Mittel der Jahre 1970 bis 1990).

Erfreulich ist aber nicht nur die stabil hohe Erwerbsquote, sondern auch die Zusammensetzung der Erwerbspersonen, deren Struktur sich dank des kräftigen Realwachstums in den Jahren 2010 (+4,0 %) und 2011 (+3,1 %) weiter zu Gunsten der Erwerbstätigen verschoben hat: So stieg die Zahl der erwerbstätigen Inländer 2011 um 1,4 % auf 41,116 Mio. Personen, während die Erwerbslosenzahl gleichzeitig um 15,1 % auf 2,502 Mio. Personen sank. Mit 5,7 % fiel die Erwerbslosenquote (Erwerbslose in Prozent der Erwerbspersonen) auf den niedrigsten Stand seit 1991. Diese positive Arbeitsmarktentwicklung in Zeiten der Finanzmarkt- und Eurokrise ist im internationalen Vergleich der großen Industrieländer einmalig.

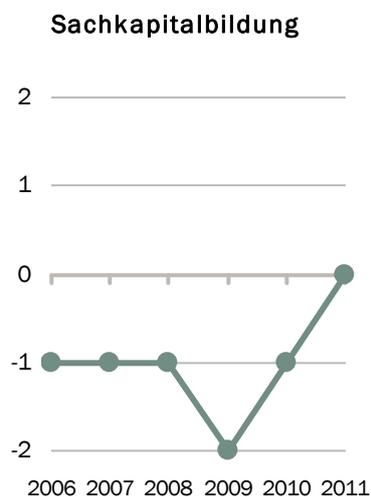
Mit Blick auf den demografischen Trend dürfte es allerdings zunehmend schwer fallen, auch in den kommenden Jahrzehnten eine hohe Erwerbsquote aufrechtzuerhalten, da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter absolut und relativ sinken wird. Kompensieren oder zumindest abmildern ließe sich der negative demografische Effekt auf die Erwerbsquote nur, wenn ein noch größerer Teil der schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter für den Arbeitsmarkt gewonnen werden kann – womit zugleich eine für die wirtschaftliche Nachhaltigkeit wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe unter den Vorzeichen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung beschrieben ist.

### Sachkapitalbildung

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass die aktuelle Generation den vorgefundenen Kapitalstock nicht verbraucht, sondern mindestens erhält und möglichst ausbaut, um für die Produktion künftiger Generationen Vorsorge zu treffen. Dies gilt umso mehr in einer alternden Gesellschaft, die zur Erhaltung ihres Wohlstands auf einen stetig steigenden Kapitaleinsatz angewiesen ist. Denn nur mit wachsendem Kapitaleinsatz pro Erwerbstätigem lässt sich die Arbeitsproduktivität so weit anheben, dass sie die negativen Effekte aus der perspektivisch rückläufigen Erwerbstätigenzahl auf das Wirtschaftswachstum kompensieren kann. Ein Aufbau des Kapitalstocks findet allerdings nur in dem Maße statt, wie die Bruttoanlageinvestitionen

den anhand der Abschreibungen gemessenen Kapitalverzehr in der laufenden Periode übersteigen. Insofern sind die volkswirtschaftlichen Nettoanlageinvestitionen, d. h. die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen, die geeignete Bezugsgröße für einen am Nachhaltigkeitsgedanken orientierten gesamtwirtschaftlichen Indikator der Sachkapitalbildung.

Die Investitionstätigkeit war nach der Jahrtausendwende in Deutschland über viele Jahre sehr schwach und hat sich seit dem schweren Rezessionsjahr 2009 nur ansatzweise erholt. Wurden im Durchschnitt der 1990er-Jahre noch Nettoanlageinvestitionen in Höhe von 7,8 % des BIP getä-



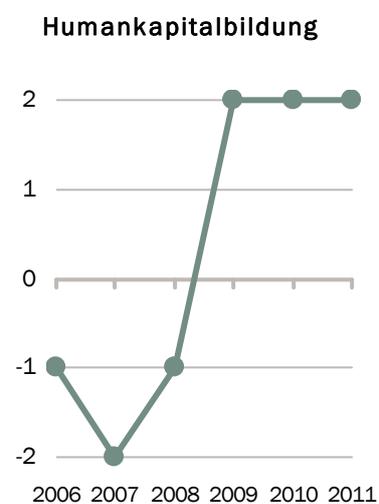
tigt (1970er-Jahre: 10,7 %, 1980er-Jahre: 6,5 %), so fiel die Nettoinvestitionsquote danach von 6,8 % im Jahr 2000 ziemlich rasch bis auf das historische Tief von 1,4 % im Jahr 2009. Im Berichtsjahr 2011 wurden immerhin wieder 3,1 % des BIP netto in den Sachkapitalstock investiert. Damit entspricht die Nettoinvestitionsquote erstmals seit Langem wieder knapp dem Durchschnitt der zehn Jahre davor (3,2 % des BIP). Der Score für diesen Basisindikator verbesserte sich deshalb von -1 im Jahr 2010 auf 0 im Berichtsjahr 2011.

Auch wenn dies das beste Ergebnis in dem gleitenden Sechsjahresfenster des KfW-Nachhaltigkeitsindikators ist: Es ist nur ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Der Zehnjahresdurchschnitt verfehlt wegen des rapiden Verfalls der Investitionsquote nach der Jahrtausendwende nicht nur die bereits genannten Vergleichswerte aus vergangenen Jahrzehnten, sondern auch internationale Standards inzwischen so deutlich, dass die generelle Benchmark in diesem spezifischen Fall zurzeit wohl nur unzureichend als Richtschnur für ein „hinreichendes“ Investitionsniveau taugt. So betrug die durchschnittliche Nettoinvestitionsquote der anderen G7-Länder von 2000 bis vor Krisenausbruch 2008 rund 6 %. Deutlich mehr Investitionen dürften jedenfalls erforderlich sein, wenn Deutschland mittel- und langfristig seinen Wohlstand nicht aufs Spiel setzen will. Investitionsanlässe gibt es genug, darunter der Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen bei wachsender Konkurrenz durch die aufstrebenden Schwellenländer auf dem Weltmarkt im Zuge der weiter fortschreitenden Globalisierung, der altersgerechte Umbau von Infrastruktur und Wohnungen sowie nicht zuletzt die Energiewende.

### Humankapitalbildung

Wichtig für die Nachhaltigkeit sind nicht nur die Investitionen in den Sachkapitalstock, sondern – gerade in einem rohstoffarmen und alternden Land wie Deutschland – ebenso die Investitionen in Humankapital, also Bildung. Auch wenn die Ausgaben für Bildung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ganz überwiegend nicht als Investitionen, sondern als private und staatliche Konsumausgaben erfasst werden, leisten sie einen essenziellen Beitrag zur Steigerung der Produktivität.

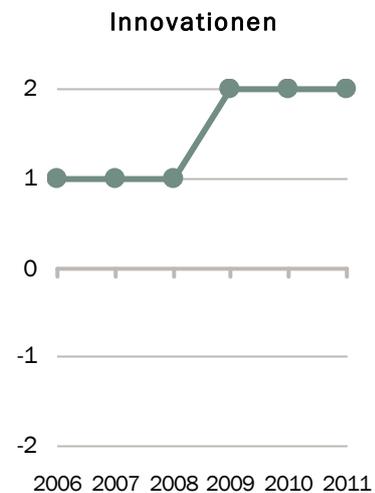
Die privaten und staatlichen Bildungsausgaben wurden 2011 ausgeweitet, wenn auch nicht ganz so stark wie das nominale BIP (+3,9 %): In der Abgrenzung der VGR stiegen die privaten Ausgaben für Bildung um 2,9 % gegenüber 2010 auf 14,15 Mrd. EUR, während die staatlichen Bildungsausgaben um 3,1 % auf 110,36 Mrd. EUR zulegten. Bezogen auf das nominale BIP im Jahr 2011 verringerten sich die Bildungsausgaben geringfügig auf 4,80 % (2010: 4,84 %). Nach den beiden Vorjahren ist dies jedoch immer noch die dritthöchste Quote seit der Wiedervereinigung. Der Zehnjahresdurchschnitt (4,61 %) wird, wie es seit dem Niveausprung der Bildungsausgabenquote im Jahr 2009 konstant der Fall ist, stark übertroffen. Infolgedessen wird die Humankapitalbildung erneut mit dem Maximalscore von 2 bewertet. Die in dem sehr guten Scoreergebnis zum Ausdruck kommenden anhaltenden finanziellen Anstrengungen im Bildungsbereich sind notwendig, um bei einer künftig stärker schrumpfender Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die



Produktivität zu erhöhen und damit das Wohlstandsniveau zu sichern, aber auch um im zunehmenden Wettbewerb mit den aufstrebenden Schwellenländern weiter bestehen zu können.

### Innovationen

Innovationen sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. So erhöhen Innovationen die Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten, beschleunigen den strukturellen Wandel innerhalb einer Volkswirtschaft und steigern so die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Daher ist es unbestritten, dass Innovationen und technischer Fortschritt zu den Hauptantriebsfedern des Wirtschaftswachstums zählen und einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. Das Innovationsystem sieht sich gleichwohl Herausforderungen gegenüber. Die Frage, wie die Sicherung des Wohlstands nachhaltig unter Berücksichtigung von beispielsweise Generationengerechtigkeit, Klimawandel und sozialer Ausgewogenheit erfolgen kann, rückt zunehmend in den Fokus der Betrachtung. So bedarf es unter anderem neuer Technologien, um den Ressourcenverbrauch zu verringern und die negativen Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Auch sind deutliche Produktivitätsfortschritte erforderlich, um die Belastung der Sozialkassen durch die demografische Entwicklung zu senken.



Die Frage, wie die Sicherung des Wohlstands nachhaltig unter Berücksichtigung von beispielsweise Generationengerechtigkeit, Klimawandel und sozialer Ausgewogenheit erfolgen kann, rückt zunehmend in den Fokus der Betrachtung. So bedarf es unter anderem neuer Technologien, um den Ressourcenverbrauch zu verringern und die negativen Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Auch sind deutliche Produktivitätsfortschritte erforderlich, um die Belastung der Sozialkassen durch die demografische Entwicklung zu senken.

Mit einem Wert von 2,82 % bezogen auf das BIP (aktueller Datenrand 2010) sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr unverändert hoch geblieben. Der zum dritten Mal in Folge erzielte Maximalscore von 2 ist darauf zurückzuführen, dass sich vor allem in den Jahren 2008 und 2009 die FuE-Ausgaben deutlich kräftiger als das BIP entwickelten, nachdem seit der Jahrtausendwende die jährlichen FuE-Ausgaben nur geringfügig stärker als die Wirtschaftsleistung zugenommen hatten. Der Anstieg in der Periode 2008–2009 war jedoch nur 2008 auf eine absolute Steigerung der FuE-Ausgaben zurückzuführen. Im Krisenjahr 2009 brachen die FuE-Ausgaben lediglich weniger stark als das BIP ein, sodass sich rechnerisch eine Steigerung der Quote gegenüber dem Vorjahr ergibt. Auch darf der Anstieg der FuE-Intensität nicht darüber hinwegtäuschen, dass die FuE-Ausgaben weiterhin deutlich unter dem ursprünglich im Lissabon-Prozess für das Jahr 2010 festgeschriebenen und nunmehr in der EU-Wirtschaftsstrategie „Europa 2020“ bekräftigten Ziel von 3 % liegen.

### Materieller Wohlstand

Die nachhaltige Wohlstandsmehrung steht im Zentrum aller wirtschaftlichen Betätigung, wobei der Verbrauch der letzte Zweck ökonomischen Handelns ist. Diese Überlegung spricht gerade unter der Nachhaltigkeitsperspektive dafür, den Konsum pro Kopf zur Messung des materiellen Wohlstands zu verwenden. Für die allermeisten Menschen dürfte dabei ein Zuwachs an wirtschaftlichem Wohlergehen gleichbedeutend sein mit einer Ausweitung ihrer persönlichen Konsummöglichkeiten. Allerdings sind die privaten Ausgaben für den Individualkonsum nur ein – mit rund drei Vierteln allerdings erheblicher – Teil des gesamtwirtschaftlichen Konsums. Hinzu kommen die Konsumausgaben des Staates, die sowohl dem Individualkonsum (etwa soziale Sach-

leistungen) als auch dem (von der Gesellschaft als Ganzes ohne individuelle Zurechenbarkeit beanspruchten) Kollektivkonsum dienen können. Im Sinn eines umfassenden Konsumkonzepts wird hier der preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Konsum pro Einwohner zugrunde gelegt.

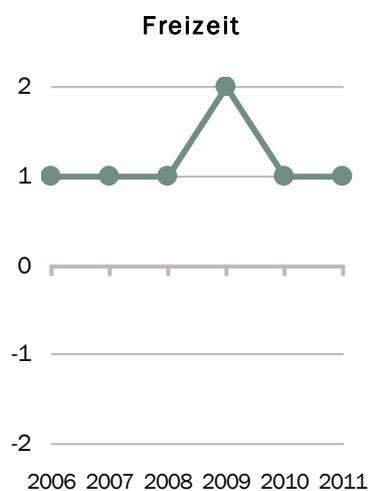
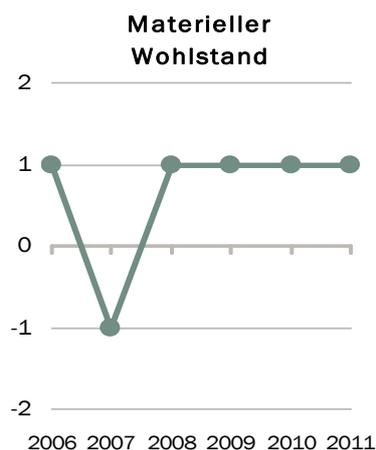
Der so definierte reale Gesamtkonsum wuchs 2011 pro Kopf der Bevölkerung um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr (2010: +1,3 %). Damit fiel der Zuwachs im Berichtsjahr stärker aus als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (0,7 %), so dass der materielle Wohlstand 2011 wie schon in den drei Vorjahren mit einem Score von 1 zu bewerten ist. Ein wichtiger

Treiber der Entwicklung waren die privaten Konsumausgaben. Begünstigt von der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt wuchs der reale private Konsum pro Einwohner 2011 um 1,7 % und damit so kräftig wie seit elf Jahren nicht mehr (2010: +1,1 %). Demgegenüber schwächte sich die Dynamik der realen Pro-Kopf-Staatsausgaben für den Individual- und Kollektivkonsum weiter spürbar ab (2011: +1,0 %; 2010: 1,8 %; 2009: 3,3 %) – eine Entwicklung, die angesichts der als wirtschaftspolitische Antwort auf die Große Rezession im Jahr 2009 aufgelegten und danach graduell auslaufenden Konjunkturprogramme nachvollziehbar und vor dem Hintergrund der kräftigen konjunkturellen Erholung in den Jahren 2010 und 2011 auch angemessen ist.

### Freizeit

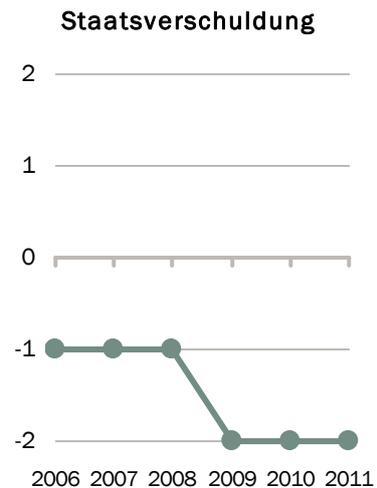
Das Interesse an einer möglichst hohen materiellen Güterversorgung steht in einem Zielkonflikt mit einem anderen, immateriellen Gut, dem die Menschen wegen seiner erheblichen Auswirkungen auf die Lebensqualität typischerweise ebenfalls einen großen Wert beimessen: nämlich der für Nichtmarktaktivitäten zur Verfügung stehenden Freizeit und Muße. Denn bei gegebener Produktivität ist ein Mehr an Konsum nur um den Preis eines höheren Arbeitseinsatzes zu haben. Aus diesem Grund bietet es sich gerade vor dem Hintergrund einer Nachhaltigkeitsanalyse an, den wirtschaftlichen Output im Sinn eines umfassend verstandenen wirtschaftlichen Wohlergehens nicht allein „materiell“, also am Konsum, festzumachen, sondern ihm einen Indikator für die Freizeit zur Seite zu stellen.

Die Freizeit, die hier an der Jahresstundenzahl abzüglich der gesamtwirtschaftlich geleisteten Jahresarbeitsstunden je Erwerbstätigem gemessen (und zur Eliminierung reiner Kalendereinflüsse zudem schaltjahresbereinigt) wird, blieb 2011 mit 7.354 Stunden in der Vorjahresbetrachtung praktisch unverändert (2010: 7.353 Stunden). Die Benchmark, die 2011 bei 7.335 Stunden lag, wird erneut signifikant übertroffen. Das Scoreergebnis verharrt bei 1. Das gleiche Bewertungsergebnis der Freizeit wurde abgesehen von dem schweren Rezessionsjahr 2009, als der Indikator durch die temporäre Ausweitung der Kurzarbeit massiv beeinflusst war, auch in den Vorjahren regelmäßig erzielt.



## Staatsverschuldung

Eine langfristig tragbare Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte ist ein zentrales Ziel der EU, denn sie ist nicht nur für eine prosperierende Wirtschaft, sondern letztlich sogar für den Fortbestand der demokratischen Ordnung zentral. Eine nachhaltige Staatsverschuldung lässt sich dadurch kennzeichnen, dass die auf das BIP bezogenen Bruttostaatsschulden stabil bleiben. Denn für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen kommt es im Kern nicht auf die absolute Höhe der Staatsschulden, sondern darauf an, ob man deren Zinslast dauerhaft tragen kann. Bei langfristig stabilem Zinssatz und stabiler Staatseinnahmenquote bedeutet eine (abgesehen von konjunkturellen Schwankungen) konstante Schuldenquote

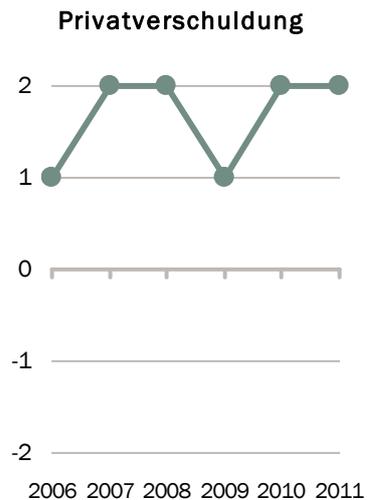


zugleich eine annähernd konstante Zinslastquote, d. h. der Staat muss jedes Jahr in etwa den gleichen Anteil seiner Einnahmen für die Zinszahlungen aufwenden. Wie hoch die zu stabilisierende Schuldenquote selbst sein soll, muss politisch entschieden werden, denn ein ökonomisches willkürfrei ableitbares Optimum gibt es nicht: Der im Maastricht-Vertrag vereinbarte Referenzwert der EU liegt bei 60 % des BIP.

Die Bruttostaatsschuldenquote fiel 2011 um 2,0 Prozentpunkte auf 80,5 % des BIP. Gleichwohl verfehlt sie damit sowohl den Maastricht-Referenzwert von 60 % als auch die Benchmark der Scorebewertung, den Durchschnitt der zehn Jahre davor (67,6 %), weiterhin sehr deutlich. Ihre Nachhaltigkeitsbewertung verharrt deshalb bei dem auch 2009 und 2010 schon vergebenen Minimalscore von -2. Kurzfristig ist keine Besserung in Sicht, im Gegenteil: BMF und Europäische Kommission erwarten, dass die Staatsschuldenquote 2012 wegen notwendiger Krisenmaßnahmen (EFSF-Kredite, Kapitalbeitrag EIB und ESM, Nachbefüllung der Ersten Abwicklungsanstalt) wieder geringfügig auf rund 82 % ansteigt. Die hohe Schuldenquote ist der Preis, den Deutschland für die Krisenbekämpfung zu zahlen hat. So summieren sich allein die Stabilisierungsmaßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise bis 2012 auf rund 12,5 %, inklusive der Maßnahmen zur Eindämmung der europäischen Staatsschuldenkrise sind es sogar rund 14 % des BIP. Dieser Krisenanteil dürfte sich erst ab 2013 graduell zurückbilden und den Effekt der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung – bereits 2012 dürfte das Staatsdefizit nahe Null sein – verstärken. Vor diesem Hintergrund rechnet das BMF damit, dass die Staatsschuldenquote bis 2016 auf etwas unter 75 % sinkt. Dies wäre nicht nur gemessen an internationalen Standards ein sehr gutes Ergebnis. Die Entwicklung stünde zugleich im Einklang mit der Schuldenbremse und der neuen europäischen 1/20-Regel des verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakts, nach der derjenige Teil der Staatsschuld, der 60% überschreitet, jährlich um mindestens ein Zwanzigstel abgebaut werden muss. Insofern sollte man die Lage der deutschen Staatsfinanzen trotz der langjährig schlechten Scoreergebnisse nicht dramatisieren. Dies gilt umso mehr, als das übergeordnete Ziel die fiskalischen Regeln, die Tragbarkeit der Zinslast, bislang überhaupt nicht gelitten hat. Im Gegenteil: Aufgrund des hohen Vertrauens in deutsche Staatsanleihen und des damit einhergehenden sehr niedrigen Zinsniveaus verharrte die Zinsbelastung 2011 mit 5,7 % der Staatseinnahmen auf einem gesamtdeutschen Tief.

### Privatverschuldung

Die in der Vergangenheit zumeist übliche Fokussierung von finanziellen Nachhaltigkeitsbetrachtungen auf den Sektor Staat folgte der Überzeugung, dass die privaten Haushalte und Unternehmen vom Markt wirkungsvoll kontrolliert und gegebenenfalls diszipliniert werden, sodass makroökonomisch relevante Finanzexzesse ausbleiben. Diese Verengung auf den Staat erscheint spätestens mit den Erfahrungen aus der 2008 ausgebrochenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr angebracht. Insbesondere in Spanien und Irland, aber auch in den USA waren es private Finanzblasen und die private Überschuldung, die gesamtwirtschaftlich für massive Probleme gesorgt haben. Dabei dürften Kontrollversagen, unrealistische Erwartungen zum nachhaltig realisierbaren Vermögenspreisanstieg, Herdenverhalten sowie asymmetrische Informationsverteilung als wichtige Marktversagensanlässe eine prominente Rolle gespielt haben, um nur einige Gründe zu nennen, warum es auch bei der privaten Verschuldung zu gravierenden Fehlentwicklungen kommen kann.



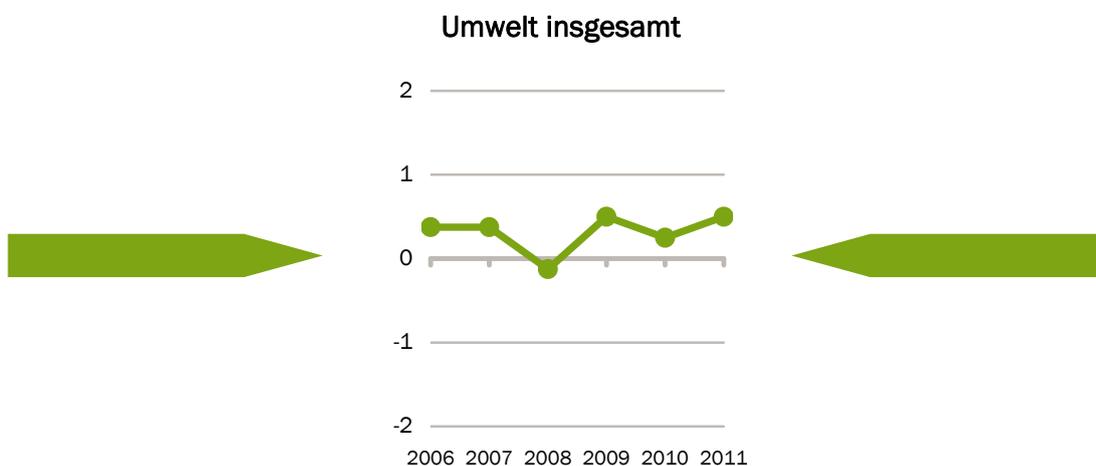
Die Privatverschuldung gibt 2011 unter dem Nachhaltigkeitsaspekt erneut keinen Anlass zur Besorgnis. So summierten sich die konsolidierten Schulden der Privaten Haushalte, Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der Nicht-Finanziellen Unternehmen zuletzt auf 109,1 % des BIP. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 1,9 Prozentpunkte. Der Zehnjahresdurchschnitt (120,0 %) wird damit wiederum sehr deutlich unterboten, sodass das Bewertungsergebnis bei dem Maximalscore 2 verharrt. Etwas geringer war die Privatschuldenquote zuletzt 1995 gewesen. Doch nicht nur gemessen an der Historie ist die Privatschuldenquote zurzeit ziemlich niedrig. Auch verglichen mit anderen EU-Ländern steht Deutschland gut da. Im (ungegewichteten) Durchschnitt der 26 von Eurostat in der Statistik berücksichtigten EU-Länder (das Vereinigte Königreich wird nicht ausgewiesen) liegt die Privatverschuldung bei knapp 156 % der jeweiligen Wirtschaftsleistung (Angabe für 2010, da die 2011er-Resultate bislang nur für einen kleinen Kreis von Ländern vorliegen). Den Spitzenplatz nimmt Irland mit 293 % ein; über das Doppelte des BIP beträgt die Privatverschuldung zudem in Dänemark, Spanien, Zypern, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Schweden. Geringer als in Deutschland ist sie, gemessen an der Wirtschaftsleistung, lediglich in fünf Ländern, die als Mitglieder des ehemaligen Ostblocks allesamt zu den Transformationsökonomien zählen (Tschechische Republik, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei).

## 2.2 Nachhaltigkeitsdimension Umwelt

### KfW-Nachhaltigkeitsindikator

#### Umwelt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der jeweils vorangegangenen 10 Jahre						
Scorepunkte	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Klimaschutz</b>						
Treibhausgasemissionen	-1	1	-1	2	-2	1
<b>Erneuerbare Energien</b>						
Anteil Ern. Energien am Endenergieverbrauch	2	2	-2	1	1	2
<b>Energienutzung</b>						
Energieproduktivität	1	2	-1	-1	-2	2
<b>Rohstoffnutzung</b>						
Rohstoffproduktivität	0	-2	2	0	1	-1
<b>Flächennutzung</b>						
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	1	2	2	2	2	2
<b>Luftschadstoffemissionen</b>						
Emission ausgewählter Luftschadstoffe	-1	-2	-1	-1	2	-2
<b>Lärm</b>						
Lärmbelästigung durch Straßenverkehr	0	1	2	2	2	2
<b>Artenvielfalt</b>						
Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität	1	-1	-2	-1	-2	-2
<b>Umwelt insgesamt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>



Quelle: KfW Bankengruppe

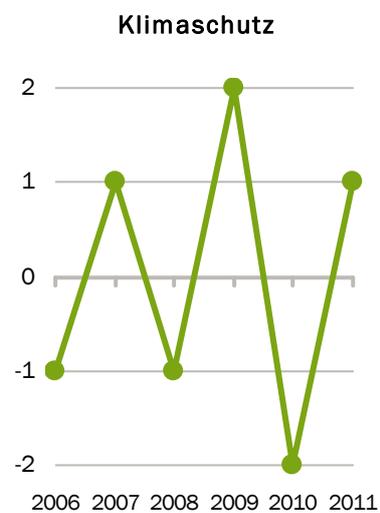
Ebenfalls eine historische Bestmarke zeigt – in der Schau auf den aggregierenden Gesamtscore – die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt im Jahr 2011. Nachdem der Gruppenscore für die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt im Jahr 2010 mit einem Wert von 0,3 leicht über der historischen Benchmark lag, erhöhte er sich im Jahr 2011 noch weiter auf einen Wert von 0,5. Ausschlaggebend für die weitere Verbesserung des Gruppenscores Umwelt sind insbesondere die Konsequenzen aus dem Ende 2010 verabschiedeten Energiekonzept der Bundesregierung und der durch die Fukushima-Katastrophe ausgelösten beschleunigten Energiewende im Juni 2011. Die Energieproduktivität ist um 4 Zähler auf den Höchstwert von 2 gestiegen, ebenso sind die

Treibhausgasemissionen zurückgegangen und konnten den Score um 3 Zählerpunkte verbessern.

Der Wert 2011 für das Schlüsselthema Rohstoffnutzung hingegen verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Zähler auf -1. Auch das Schlüsselthema Luftschadstoffemissionen erzielte im Berichtsjahr nur den Minimalscore von -2 und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr sogar um 4 Zähler. Dämpfend auf das Gesamtergebnis der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt wirkte sich zudem das Themenfeld Artenvielfalt aus (Score -2). Nach wie vor ist der Basisindikator dieses Schlüsselthemas, der die Bestandsentwicklung von insgesamt 59 ausgewählten Vogelarten repräsentiert, weit davon entfernt, den politisch festgelegten Bestandszielwert für das Jahr 2015 zu erreichen.

### Klimaschutz

Nach dem konjunkturbedingten Anstieg der Treibhausgasemissionen im Jahr 2010 gingen die Emissionen 2011 trotz guter Konjunktur und der Abschaltung von acht Atomkraftwerken deutlich zurück. Der im Juni 2011 beschlossene Atomausstieg führte erfreulicherweise nicht (wie erwartet) zu erhöhten Treibhausgasemissionen durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern. Gemäß Berechnungen des Umweltbundesamtes ist der Gesamtausstoß aller klimarelevanten Treibhausgase in Deutschland im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr vielmehr um 2,1 % zurückgegangen. Damit liegt die Veränderungsrate der Treibhausgasemissionen über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-1 %), weshalb das Ergebnis mit +1 bewertet wurde (+3 Zähler gegenüber 2009). Zurückzuführen ist der Rückgang der Treibhausgasemissionen im Jahr 2011 aber zunächst vor allem auf die milde Witterung und damit dem geringeren Heizenergiebedarf. Mit 917 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent liegen die Gesamtemissionen wieder etwa so hoch wie 2009.



Zurückzuführen ist der Rückgang der Treibhausgasemissionen im Jahr 2011 aber zunächst vor allem auf die milde Witterung und damit dem geringeren Heizenergiebedarf. Mit 917 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalent liegen die Gesamtemissionen wieder etwa so hoch wie 2009.

Insgesamt sind die jährlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland zwischen 1990 und 2011 um 26,5 % zurückgegangen. Damit hat Deutschland seine Verpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll, die jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2008–2012 um 21 % zu reduzieren, im Berichtsjahr 2011 deutlich erfüllt. Um das von der Bundesregierung festgelegte Klimaziel – Minderung der jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 – erreichen zu können, müssen die 2010 und 2011 beschlossenen Maßnahmen aber konsequent weiter verfolgt werden.

### Erneuerbare Energien

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland schreitet weiter voran. Mit den Ausbauzielen der Erneuerbaren Energien im Rahmen der Energiewende, aber auch dem sinkenden Bedarf aufgrund der milden Witterung, konnte im Jahr 2011 der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch (Strom, Wärme, Kraftstoffe) bereits um 1,3 Prozentpunkte auf 12,5 % gesteigert werden. Insbesondere der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch knackte erstmals die 20-Prozent-Marke und betrug 20,3 %. Die Endenergiebereitstellung aus Erneuerbaren Energien im Jahr 2011 von insgesamt 300,9 Terawattstunden (TWh) entfiel zu knapp 50 % auf die Wärmebereitstellung, rund 40 % auf die Stromerzeugung und 11 % auf die Kraftstoffbereitstellung. Den bedeutendsten Beitrag zur regenerativen Endenergiebereitstellung leistete 2011 mit 67 % die Biomasse, gefolgt von der Windenergie mit 16 %, der Photovoltaik mit gut 6 %, der Wasserkraft mit rund 5 % und der Geo- und Solarthermie mit 4 %.

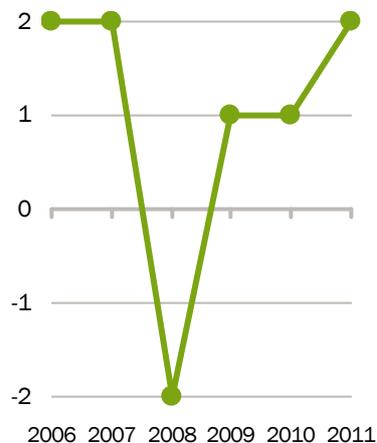
Damit entwickelte sich dieser Basisindikator sehr viel besser als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+0,7 Prozentpunkte), sodass dieser Teilaspekt mit einem Score von +2 bewertet wurde. Wird das bisherige Ausbautempo beibehalten, ist Deutschland auf einem guten Weg, das auf europäischer Ebene zugesagte Ziel – Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 % – zu erreichen. Um die Ziele bis 2030 (30 %) und 2050 (60 %) zu erreichen, muss an die bisherigen Fortschritte angeknüpft werden.

### Energienutzung

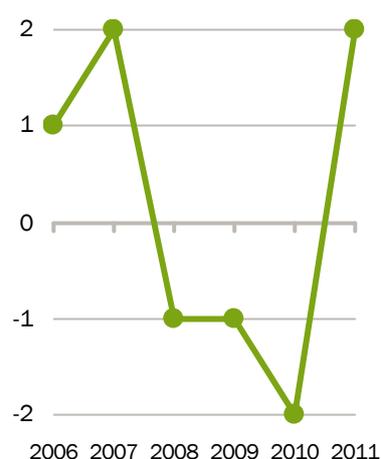
Das Schlüsselthema Energienutzung mit dem Basisindikator Energieproduktivität – als Indikator für den effizienten Umgang mit Energie – hat sich im Jahr 2011 in der Gesamtschau sehr positiv entwickelt. Gegenüber dem Vorjahr gewann der Score 4 Zähler und lag mit einem Wert von +2,0 deutlich über dem zurückliegenden Zehnjahresdurchschnitt. Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland (ausgedrückt als das Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von Primärenergie) hat sich im Jahr 2011 um mehr als 8 % gegenüber dem Vorjahr erhöht und liegt damit deutlich über der historischen Benchmark (+1,2 %). Der Energieverbrauch ist somit stärker gesunken als das reale BIP gestiegen ist.

Im Ergebnis sank der Primärenergieverbrauch im Jahr 2011 nach der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen um 5,3 % auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung 1990 mit insgesamt 13.374 PJ. Ausschlaggebend hierfür war die im Vergleich zum Vorjahr deutlich mildere Witterung, die erheblich verbrauchsmindernde Effekte im Wärmebedarf ausgelöst hat. Temperaturbereinigt

**Erneuerbare Energien**



**Energienutzung**



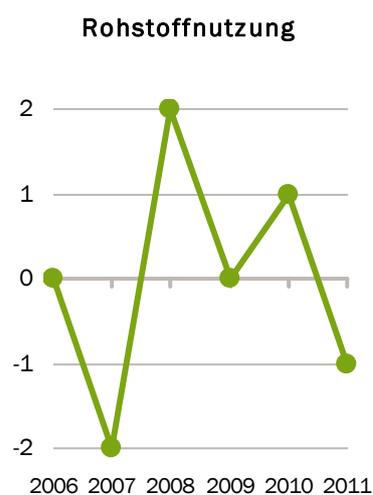
hätte sich nach Berechnungen der AG Energiebilanzen nur eine Primärenergieverbrauchssenkung von 1,0 % ergeben. Der Atomausstieg zeigt dabei bereits leichte Auswirkungen auf die Energieträger: Der Anteil der Kernenergie am Primärenergieverbrauch sank 2011, während neben den Erneuerbaren Energien auch die Braun- und Steinkohle leicht höhere Anteile als 2010 vorweisen.

Dass der Energieverbrauch trotz des BIP-Wachstums nicht gestiegen ist, ist auf die deutlich verbesserte Energieeffizienz zurückzuführen. Sparsamerer Umgang durch hohe Energiepreise im Jahr 2011 sowie energieeffizientere Geräte und Gebäude konnten die verbrauchssteigernden Wirkungen des Wirtschaftswachstums mehr als kompensieren.

Insgesamt konnte die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland zwischen 1990 und 2011 damit um 48,2 % erhöht werden. Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln. Zur Erreichung dieses Zielwertes wäre im verbleibenden Zeitraum bis 2020 eine jährliche Steigerung der Energieproduktivität von durchschnittlich 3,4 % erforderlich. Zum Vergleich: In den vorangegangenen zehn Jahren lag die durchschnittliche Erhöhung mit 2,0 % pro Jahr deutlich darunter. Es sind also weitere erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz erforderlich, insbesondere bei kälteren klimatischen Verhältnissen als 2011.

### Rohstoffnutzung

Der Score für das Schlüsselthema Rohstoffnutzung, welches durch die Rohstoffproduktivität – ein Indikator für den effizienten Umgang mit Rohstoffen – abgebildet wird, hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Zähler verschlechtert und damit die vergangenheitsorientierte Benchmark unterschritten. Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität (ausgedrückt als das Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von nicht erneuerbarem Primärmaterial) konnte gegenüber dem Vorjahr nur um 0,5 % verbessert werden. Gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre (+2,5 %) erreichte der Basisindikator damit einen Scorewert von -1.



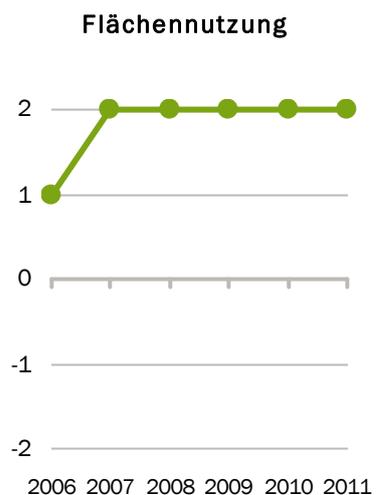
Insgesamt ist die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland im Zeitraum von 1994 bis 2010 (aktueller Datenrand) um 47,5 % angestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen zurückzuführen. Wie bei der Energieproduktivität ist aber auch bei der effizienten Rohstoffnutzung feststellbar, dass eine Fortsetzung des bisherigen Entwicklungstempos der Produktivitätssteigerung nicht ausreichen würde, um die in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fixierte Zielvorgabe einer Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu erreichen. In den vorangegangenen zehn Jahren ist die Rohstoffproduktivität im Durchschnitt um 2 % pro Jahr angestiegen, während zur Erreichung des Verdopplungsziels bis 2020 im verbleibenden Zeitraum eine durchschnittliche jährliche Verbesserung von 3 % erforderlich wäre.

### Flächennutzung

Der stetige Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche hat vielfältige negative Auswirkungen auf die Umwelt. Wichtige Lebensräume für Flora und Fauna gehen verloren, die Zerschneidung und Verkleinerung von Lebensräumen führt zu einem Rückgang der Arten- und Biotopvielfalt, Grundwasser ist immer weniger gegen Stoffeinträge geschützt und seine Neubildung wird durch eine verringerte Niederschlagsversickerung erschwert. Eine nachhaltige Flächennutzung zielt sowohl auf eine Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme als auch auf eine Aufwertung von Flächen in ökologischer Hinsicht ab.

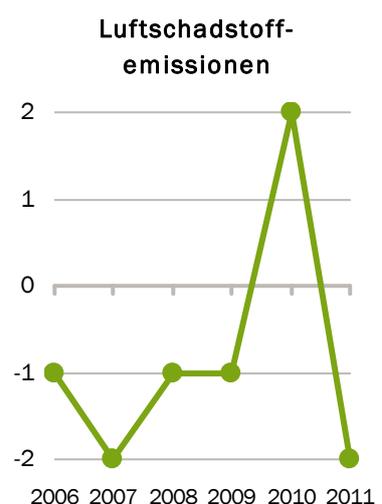
Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlung und Verkehr in Deutschland hält sich im Jahr 2010 (aktueller Datenrand) mit 77 ha pro Tag auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Relativ zum Zehnjahresdurchschnitt bewertet (+103 ha pro Tag) erzielte dieser Basisindikator wie schon in den Vorjahren ein Scoreergebnis von 2. Nach dem deutlichen Rückgang des Flächenverbrauchs für Siedlung und Verkehr im Krisenjahr 2009 hat sich eine Wiederbelebung der Baukonjunktur 2010 nur im Wohnungsbau ergeben, sodass die Flächeninanspruchnahme insgesamt leicht – um ein Hektar – gesunken ist. Während erste Ansätze zur Reduzierung des Flächenverbrauchs (Innen- vor Außenentwicklung) – bedingt durch den demografischen Wandel – insbesondere im Wohnungsbau umgesetzt werden, spielen Flächeneinsparungen im Gewerbe- und Verkehrsbereich bisher kaum eine Rolle.

Trotz des im langfristigen Trend feststellbaren Rückgangs der Flächennutzung ist zu konstatieren, dass Deutschland noch weit entfernt von dem in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Ziel ist, bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf 30 ha pro Tag zu begrenzen.



### Luftschadstoffemissionen

Fortschritte bei der Luftqualität werden anhand der Emissionsentwicklung bei den klassischen Luftschadstoffen Schwefeldioxid, Stickstoffoxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen, Kohlenmonoxid und Feinstaub (PM 10) gemessen. Im Jahr 2010 (aktueller Datenrand) konnte erstmalig keine Reduzierung, sondern sogar eine durchschnittliche Ausweitung der betrachteten Luftschadstoffe beobachtet werden. Die Emissionen stiegen um 2,9 % und unterboten damit sowohl deutlich den Vorjahreswert (-5,4 %) als auch den Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-3,4 %). Infolgedessen verschlechterte sich der Score für das Schlüsselthema Luftschadstoffemissionen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um vier Zähler auf den Minimalwert von - 2.



Deutliche Anstiege sind beim Kohlenmonoxid (+ 10,7 %) und den flüchtigen organischen Verbindungen ohne Methan (NMVOC, +13,1 %) festzustellen. Die Entwicklung des Kohlemonoxids bleibt bei Betrachtung der absoluten Zahlen jedoch im Rahmen: Seit 1990 konnte der Ausstoß um

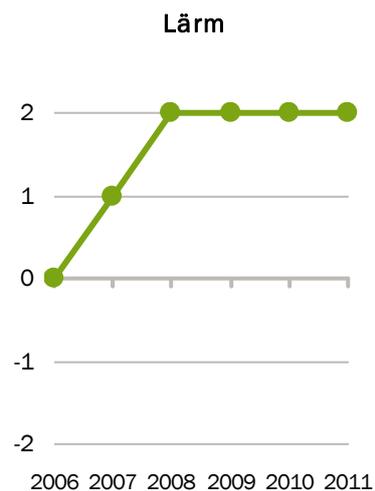
73 % reduziert werden, die Werte im Jahr 2010 sind geringer als 2008 und zeigen eher eine Abschwächung der erheblichen Reduktionsmöglichkeiten. Besorgniserregend entwickeln sich die flüchtigen organischen Verbindungen. Die absoluten Emissionswerte sind ähnlich hoch wie im wirtschaftsstarken Jahr 2007, Minderungsmaßnahmen der letzten Jahre scheinen wieder kompensiert worden zu sein. Quelle der Emissionen sind hier insbesondere Lösemittel und die Landwirtschaft. Ein deutlicher Rückgang konnte nur im Bereich der überwiegend landwirtschaftlich verursachten Ammoniakemissionen erreicht werden. Dass gerade in diesem kritischen Bereich Fortschritte erzielt wurden (seit 1990 nur ein Rückgang von gut 20 %), kann als einziger Erfolg bei den Luftschadstoffemissionen verbucht werden.

Insgesamt konnte zwischen 1995 und 2010 ein gemittelter Rückgang der betrachteten Schadstoffemissionen um 40,5 % erreicht werden. Die einzelnen Emissionsarten trugen in unterschiedlichem Ausmaß zu der bereits erzielten Emissionsminderung zwischen 1995 und 2010 bei. Großer Handlungsbedarf für die weitere Reduzierung der Luftschadstoffbelastung besteht insbesondere für versauernde und eutrophierende Luftverunreinigungen – hier vor allem durch Stickstoffoxid- und Ammoniakemissionen – sowie für die gesundheitsgefährdenden Feinstaubemissionen.

### Lärm

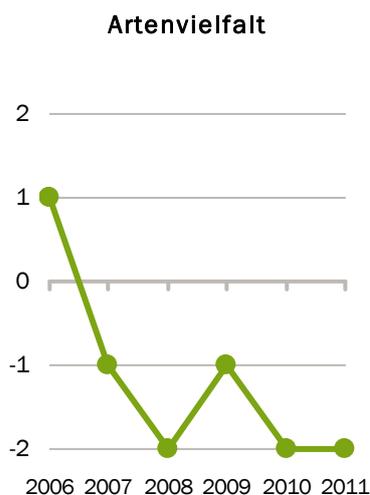
Das Schlüsselthema Lärm wird durch den Anteil der Bevölkerung, der bei einer Befragung des Umweltbundesamtes angibt, von Straßenlärm belästigt zu werden, abgebildet. Im Jahr 2011 sank der Anteil dabei leicht um 0,5 Prozentpunkte auf 54,5 %. Gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre liegt der Anteil deutlich unter dem Durchschnitt (60,8 %), sodass dieser Basisindikator einen Scorewert von +2 erreichen konnte.

Es ist inzwischen unbestritten, dass Lärmbelastungen zu einer Beeinträchtigung der Gesundheit führen können. Dabei nimmt neben der weiterhin hohen Belastung durch Straßenverkehr die Belastung durch den steigenden Luftverkehr noch zu. Mit der Umgebungslärmrichtlinie der EU trat 2002 ein Instrument für eine europaweit einheitliche Lärmbekämpfung in Kraft, das die Lärminderungsplanung in Deutschland neu gestaltet hat. Im ersten Schritt standen dabei die Lärmkartierungen zur genaueren Erfassung im Vordergrund. Sie bestätigen die hohen Lärmbelastungen insbesondere in Städten. Maßnahmen zur Lärmreduzierungen zeigen hoffentlich in den nächsten Jahren deutliche Reduzierungen in den Lärmbelastungsumfragen.



### Artenvielfalt

Der Basisindikator für die Artenvielfalt beruht auf der Bestandsentwicklung von insgesamt 59 ausgewählten Vogelarten, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen sowie Landnutzungen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten / Meere sowie Alpen). Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde für diese Vogelarten ein auf 100 % normierter Bestandszielwert für das Jahr 2015 festgelegt. Im Jahr 2010 (aktueller Datenrand) lag der entsprechende Gesamtindikator bei 66,6 % des Zielwerts für 2015 und verharrte folglich – gemessen am Zehnjahresdurchschnitt (70,4 % des Zielwerts für 2015) – auf dem Minimal score von -2.



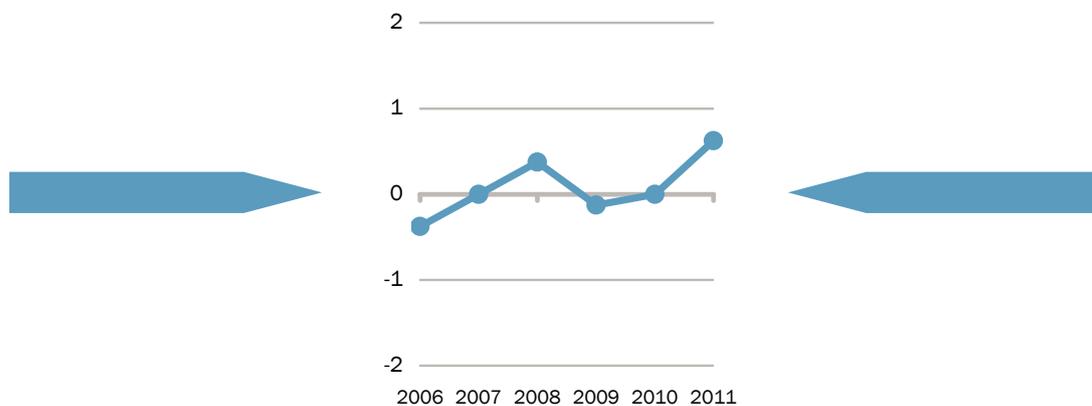
Nach wie vor sind große zusätzliche Bemühungen zur Sicherung und Förderung von Natur und Landschaft und der biologischen Vielfalt notwendig, um das angestrebte Ziel im Jahr 2015 erreichen zu können. Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind die Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung, die Zerschneidung und Zersiedlung der Landschaft, die Versiegelung von Flächen sowie Schadstoffeinträge.

## 2.3 Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt

### KfW-Nachhaltigkeitsindikator Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der jeweils vorangegangenen 10 Jahre						
Scorepunkte	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Bildung</b>						
Niedrigqualifiziertenquote	1	1	2	2	0	2
<b>Wirtschaftliche Teilhabe</b>						
Langzeitarbeitslosenquote	-2	-1	2	2	2	2
<b>Politische Teilhabe</b>						
Interesse für Politik	-1	2	0	-1	-2	0
<b>Gesundheit</b>						
Krankheitsfälle im Krankenhaus	2	0	-1	-1	-1	-1
<b>Sicherheit</b>						
Gewaltverbrechen und Einbruchdiebstahl	-1	-2	0	-2	-1	-2
<b>Gleichberechtigung</b>						
Verdienstrückstand von Frauen	-2	-1	-1	-1	1	1
<b>Integration</b>						
Differenz Arbeitslosenquoten Ausländer/Gesamt	-2	-1	-1	-1	-1	1
<b>Internationale Verantwortung</b>						
Öff. Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	2	2	2	1	2	2
<b>Gesellschaftlicher Zusammenhalt insgesamt</b>	<b>-0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,6</b>

#### Gesellschaftlicher Zusammenhalt insgesamt



Quelle: KfW Bankengruppe

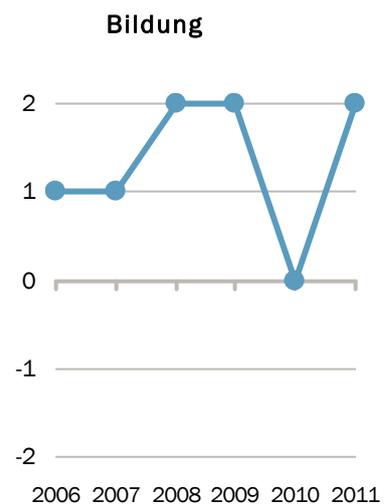
In der Nachhaltigkeitsdimension „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ erhöhte sich der Gruppenscore von -0,4 im Jahr 2006 auf 0,6 Scorepunkte im Jahr 2011 und erreichte damit den höchsten Wert in diesem Zeitraum. Nach einer Stagnation in den Jahren 2009 und 2010 ist somit im Jahr 2011 erstmals seit 2008 wieder ein deutlicher Positivtrend zu erkennen. Dieser Positivtrend ist maßgeblich auf die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, die insbesondere den Arbeitsmarkt positiv beeinflusste. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen verharrt auf einem niedrigen Niveau. Zudem gibt es erste Anzeichen einer leicht

abnehmenden Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen. Auch Personen ausländischer Herkunft waren im Jahr 2011 besser auf dem Arbeitsmarkt integriert als in den Vorjahren.

Gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre war hingegen bei den Schlüsselthemen Gesundheit (Score -1 seit 2008) und Sicherheit (Score -2) ein anhaltend negativer Wert zu verzeichnen. Im Bereich Bildung zeichnete sich gegenüber dem Vorjahr in 2011 ein deutlich positiver Trend ab (Score 2, +2 Zähler gegenüber 2010). Auch der Indikator „Politische Teilhabe“ verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich (Score 0, +2 Zähler gegenüber 2010).

### Bildung

Nachdem die Niedrigqualifiziertenquote in den Jahren 2008 und 2009 den Maximalscore von +2 erreicht hatte, sank der Wert 2010 vorübergehend auf Null. Der Anteil der Niedrigqualifizierten, also derjenigen ohne einen beruflichen Bildungsabschluss, an der Gruppe der 25- bis 30-Jährigen lag dann im Jahr 2011 mit 24,3 % wieder um 0,8 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert und damit auch deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen 10 Jahre (25,0 %), sodass erneut ein Scorewert von 2 erreicht wird.

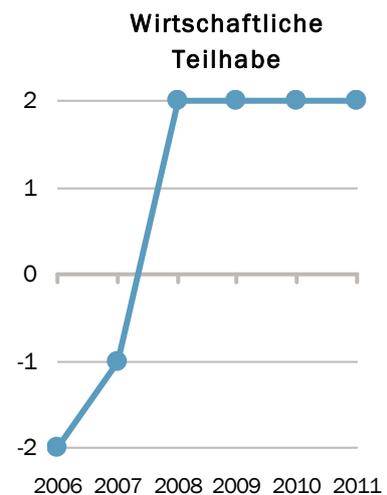


Diesem positiven Trend steht andererseits die nicht im Indikator erfasste Entwicklung entgegen, dass die Hochqualifiziertenquote – der Anteil der Personen derselben Altersgruppe mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss (der nicht in die Berechnung des Indikators eingeht) – leicht zurückgegangen ist und im Jahr 2011 mit 16,4 % um 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert lag. Die hohen Studienanfänger- und Studierendenzahlen der letzten Jahre sprechen jedoch für einen Zuwachs des Anteils der Hochqualifizierten in den nächsten Jahren, sodass hier wieder mit einer Besserung zu rechnen ist.

Die Defizite im deutschen Bildungssystem liegen vor allem im Bereich der Niedrigqualifizierten. Immer noch erreicht knapp ein Viertel der Altersgruppe 25 bis 30 Jahre keinen Berufsabschluss, obwohl dies eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein geringes Arbeitslosigkeitsrisiko und ein gutes Einkommen ist und somit nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch die wirtschaftliche Teilhabe positiv beeinflusst. Trotz der sich abzeichnenden Verbesserungen des Indikators stimmt die anhaltend hohe Niedrigqualifiziertenquote bedenklich.

### Wirtschaftliche Teilhabe

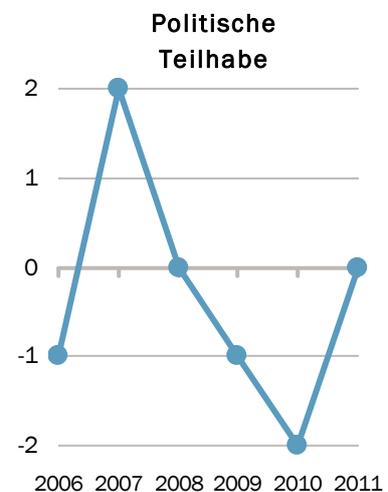
Eine erfreuliche Entwicklung zeichnet sich im Schlüsselthema Wirtschaftliche Teilhabe ab. Der deutsche Arbeitsmarkt hatte sich schon im Krisenjahr 2009 als sehr robust erwiesen, und auch in den Folgejahren profitierte er deutlich vom konjunkturellen Aufschwung und der wirtschaftlich guten Lage. Die als Indikator für wirtschaftliche Teilhabe herangezogene Langzeitarbeitslosenquote – ausgedrückt als prozentualer Anteil der Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind – hat sich im Jahr 2011 von 2,7 auf 2,5 % sogar leicht verringert und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (3,6 %). Im vergangenheitsorientierten Score kommt die geringfügige Verbesserung jedoch nicht zum Ausdruck, da dieser schon in den Vorjahren den Maximalwert von 2 aufwies.



Auch weitere Indikatoren bestätigen die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosenquote – bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen – lag mit 7,9 % um 0,7 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau und erreichte den niedrigsten Stand seit 1991. Die Erwerbstätigkeit hatte mit 41,1 Mio. Personen den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung, und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag sogar über dem Vorkrisenniveau.

### Politische Teilhabe

Als Basisindikator für Politische Teilhabe wurde das subjektiv eingeschätzte Interesse für Politik herangezogen. Dieses basiert auf Befragungsdaten aus dem sozioökonomischen Panel des DIW. Während sich das individuell eingeschätzte Interesse für Politik in den Jahren zuvor zunächst stark verringerte, ist im Jahr 2010 (aktueller Datenrand) wieder eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Der Score dieses Basisindikators erreichte den Wert 0 und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert von -2 erheblich.



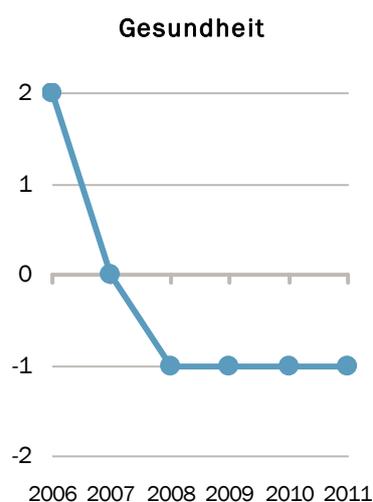
## Gesundheit

Die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung sollte auch mit einer entsprechenden Lebensqualität bzw. gesunden Lebensjahren gekoppelt sein. Für das Schlüsselthema Gesundheit wurde als Basisindikator die Summe der im Krankenhaus behandelten und diagnostizierten Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen sowie psychischen und Verhaltensstörungen herangezogen, wobei Veränderungen in der Einwohnerzahl berücksichtigt werden. Der Indikator wird gebildet als jährliche Veränderungsrate dieser Größe.

Der Basisindikator verharrt seit einigen Jahren konstant auf dem Scorewert von -1. Verglichen mit der Benchmark, dem Durchschnittswert des Indikators der vorangegangenen 10 Jahre, ist also eine stetige Zunahme dieser Erkrankungen zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte maßgeblich auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen sein.

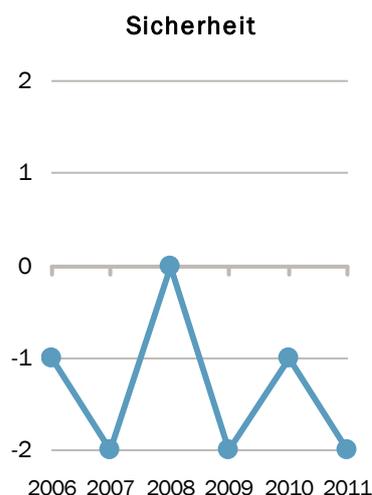
Genauer betrachtet nahmen die Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems sowie die psychischen und Verhaltensstörungen in den vergangenen Jahren absolut zu, während bei den (im Krankenhaus behandelten und diagnostizierten) Krebserkrankungen seit 2008 ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Im Zuge des demografischen Wandels müssen somit für eine zunehmende Lebensqualität noch einige Fortschritte erreicht werden.

Zu berücksichtigen ist bei diesem Indikator, dass nur diejenigen Krankheitsfälle berücksichtigt werden, die im Krankenhaus diagnostiziert und behandelt werden. Ambulant behandelte Krankheitsfälle gehen also nicht in die Berechnung des Indikators ein.



## Sicherheit

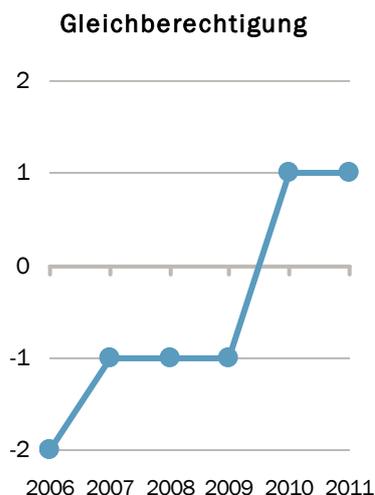
Der Indikator für das Schlüsselthema „Sicherheit“ umfasst alle in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Wohnungseinbrüche und Gewaltverbrechen, bezogen auf die Einwohnerzahl von Deutschland. Der Score schwankt in den letzten Jahren in der Regel zwischen -1 und dem Minimalscore von -2, die Anzahl der Verbrechen liegt also jeweils spürbar über dem Durchschnitt der jeweils vorangegangenen 10 Jahre. Vor allem ist dies auf die starke Zunahme der Wohnungseinbrüche zurückzuführen, die seit 2008 deutlich zugenommen haben. Hingegen ging die Häufigkeit der Gewaltverbrechen in diesem Zeitraum erfreulicherweise zurück.



Bei diesem Basisindikator muss berücksichtigt werden, dass nur die Fälle von Wohnungseinbrüchen oder Gewaltverbrechen erfasst sind, die der Polizei bekannt wurden. Das tatsächliche Ausmaß der Kriminalität kann jedoch davon abweichen.

### Gleichberechtigung

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist sogar im Grundgesetz verankert; seit Jahren zeigen sich jedoch hohe Verdienstabstände zwischen Frauen und Männern. Der Verdienstrückstand von Frauen gegenüber Männern betrug im Jahr 2006 noch 23,0 % und verringerte sich in den Jahren 2010 und 2011 leicht auf 22,0 %. Im Durchschnitt liegt der Bruttostundenverdienst von Frauen somit immer noch um mehr als ein Fünftel unter dem der Männer. Aufgrund des vergangenheitsorientierten Benchmarks wurde die Entwicklung dieses Indikators dennoch 2011 ebenso wie 2010 mit einem Scorewert von 1 als positiv bewertet.



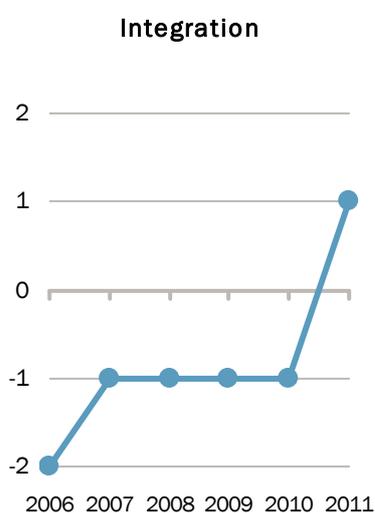
Bei genauerer Analyse der Verdienstunterschiede von Frauen und Männern zeigt sich, dass die Verdienstunterschiede mit dem Bildungsniveau steigen. Bei niedrigen Bildungsabschlüssen liegt der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern bei 11 %; bei höheren Bildungsabschlüssen sogar bei 27 %. Zudem zeigt sich, dass die Verdienstrückstände von Frauen mit dem Alter zunehmen. In den jüngeren Altersgruppen sind sie am geringsten. Beispielsweise beträgt der Verdienstunterschied bei den 25- bis 34-Jährigen 11 %, bei den 35- bis 44-Jährigen 24 %, und ist bei den 55- bis 64-jährigen mit 28 % am höchsten. Jedoch ist es unklar, ob daraus ein positiver Trend für die kommenden Jahre abgeleitet werden kann. Ein Großteil der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern dürfte auf Erwerbsunterbrechungen aus familiären Gründen, wie z. B. Familiengründung und Kinderbetreuung, zurückzuführen sein. Die Gehaltsschere würde, je älter und höher gebildet die Gesellschaft wird, ohne flankierende Maßnahmen tendenziell weiter auseinander gehen.

Von dem in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Ziel von 10 %-Unterschied im Bruttostundenverdienst zwischen Frauen und Männern im Jahr 2020 ist die Bundesrepublik noch weit entfernt. Wenn sich die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den kommenden Jahren nicht erheblich verbessern, ist es sehr unwahrscheinlich, dass ein derart deutlicher Rückgang des Verdienstrückstands von Frauen erreicht werden kann.

### Integration

Von der insgesamt positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt konnten im Jahr 2011 auch die Mitbürger profitieren, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Der Nachhaltigkeitsscore im Bereich „Integration“ – gemessen als Differenz zwischen der Arbeitslosenrate der Ausländer und der Arbeitslosenrate der Gesamtbevölkerung – erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Scorepunkte und erreichte den Wert 1.

Während sich die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen) insgesamt von 8,6 % im Jahr 2010 auf 7,9 % im Jahr 2011 verringerte, sank die Arbeitslosenquote der in Deutschland arbeitenden Ausländer – wiederum bezogen



auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen - von 18,2 % im Vorjahr auf 16,9 %. Damit sind ausländische Personen zwar immer noch deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche; die Unterschiede haben sich im vergangenen Jahr jedoch erfreulicherweise verringert.

### Internationale Verantwortung

Beim Thema internationale Verantwortung konnte eine positive Entwicklung verzeichnet werden. Im Score kommt dies zwar nicht zum Ausdruck, da dieser bereits im Vorjahr den Maximalwert von 2 erreichte, der gewählte Indikator hat sich jedoch erneut verbessert. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen Deutschlands (ODA-Quote) übertraf 2011 mit 0,40 % sowohl den Vorjahreswert (0,39%) als auch den Zehnjahresdurchschnitt (0,33 %). Eine derart hohe ODA-Quote wie 2011 hatte Deutschland zuletzt vor 20 Jahren erzielt. Dass die deutschen ODA-Leistungen trotz der sehr angespannten Lage des Bundeshaushaltes spürbar gesteigert werden konnten, zeigt, dass Deutschland seine internationale Verantwortung ernst nimmt. Allerdings hatte sich Deutschland 2005 zu einer Steigerung der ODA-Quote bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % verpflichtet. Somit wird es in den kommenden Jahren erheblicher Anstrengungen bedürfen, um bis 2015 den Zielwert zu erreichen.

